

Viele Schulden, aber keine Schuld?

Seit Jahren trägt eine satte Mehrheit die Bamberger Haushaltspolitik. Doch jetzt, wo das Finanzdesaster offenbar ist, will's keiner gewesen sein

Jammern gehört anscheinend zu den beliebtesten Tätigkeiten von Oberbürgermeister Herbert Lauer. So zumindest verhält er sich allgegenwärtig in der Öffentlichkeit, jedenfalls wenn es um die Haushaltslage der Stadt Bamberg geht. Noch vor einem Jahr, im OB-Wahlkampf, präsentierte er sich als großer Haushaltskonsolidierer, der alles im Griff hat, heute ist er ein von der Regierung von Oberfranken gegängelter Oberschuldenverwalter, der jede Schuld von sich weist.

Seit Jahren weist der Kämmerer auf die strukturellen Schwächen des Haushalts hin. Seit Jahren fordert er auf, diese zu beseitigen. Seit Jahren macht auch die GAL immer wieder Vorschläge, wie durch eine Anhebung der Gewerbesteuer und durch Ausgabenkürzungen die Haushaltssituation verbessert werden könnte. Seit Jahren gibt es ein „Augen zu und durch“ der CSU-SPD-ÜBG-Mehrheit im Bamberger Stadtrat.

Geld ausgegeben, das nicht da ist

Dabei war abzusehen, dass der Gewerbesteuererreg der Jahre 1996, 1997 und 1998 ein vorübergehendes Phäno-

men sein würde (vgl. untenstehende Grafik). Spätestens seit zwei Jahren war außerdem bekannt, dass die Gewerbesteuermillionen der Telekom nur von kurzer Dauer sein werden und dass sogar bereits gezahlte Beträge wieder zurückerstattet werden müssen.

Trotzdem hat die Stadtratsmehrheit entgegen den Warnungen des Kämmerers fleißig Geld ausgegeben, das überhaupt nicht vorhanden war: für eine Komplettsanierung des Berliner Rings, eine Sanierung des Theaters in der großen Lösung, eine teure Tiefgarage an der Konzerthalle und eine betriebsfreundliche Sanierung des Kaliko-Ziegelbaus.

Die Spitze dieser abenteuerlichen



Foto: Erich Weiß

Kühlschrank leer, Vorräte aufgebraucht – Bamberg sieht eisigen Zeiten entgegen.

und verlogenen Haushaltsführung war beim Haushalt 2000 erreicht.

- Die Gewerbesteuereinnahmen wurden viel zu hoch angesetzt, die Schlüsselzuweisungen des Landes ebenso (obwohl schon im Dezember 99 bekannt war, dass diese geringer ausfallen werden).

- Die von der Stadt an den Bezirk zu entrichtende Umlage wurde wie gehabt berechnet, obwohl ihre Erhöhung schon bekannt war.

- Für eine Erhöhung der Gehälter im Rahmen des Tarifabschlusses wurde erst gar keine Reserve gebildet, obwohl abzusehen war, dass es sicherlich keine Nullrunde geben würde.

Mit solchen Unwahrheiten bekam man dann den gewünschten Haushaltsausgleich hin, den Herbert Lauer in

seinem OB-Wahlkampf brauchte. Bis dann die Regierung von Oberfranken einschritt und der Stadt Bamberg auf die Finger klopfte. Pikanterweise tat diese das kurz vor dem Wahlwochenende, so dass OB Lauer damit erst in der Woche nach der Wahl herausrücken musste.

Auf Kosten der Beschäftigten

Nun hat also Bayreuth die Haushaltsführung „übernommen“. Die Liste der Maßnahmen, die nun (viel zu spät) ergriffen werden müssen, lassen wenig Gutes erwarten. Der größte Teil der Sanierungsbestrebungen geht auf Kosten des Personals. Dabei wird ein weiteres Versäumnis erkennbar. Jahrelang hat man die dringende Reform der Verwaltung vor sich her geschoben. Eine Verwaltungsreform jetzt unter der Mangelverwaltung zu realisieren, ist nahezu unmöglich.

Also wird der Rasenmäher angelegt, egal wie die Leistungen, die die Stadt zu erbringen hat, überhaupt noch erstellt werden sollen. Am meisten betroffen ist die Belegschaft. Allein in den vergangenen Jahren wurde jede 11. Personalstelle eingespart. Zu diesen 9 %igen Personalkürzungen stehen in den nächsten Jahren weitere 5 % ins Haus. In den Altenheimen wird gar gefordert, durch eine Rechtsformänderung die Angestelltentarife im Pflegebereich zu drücken.

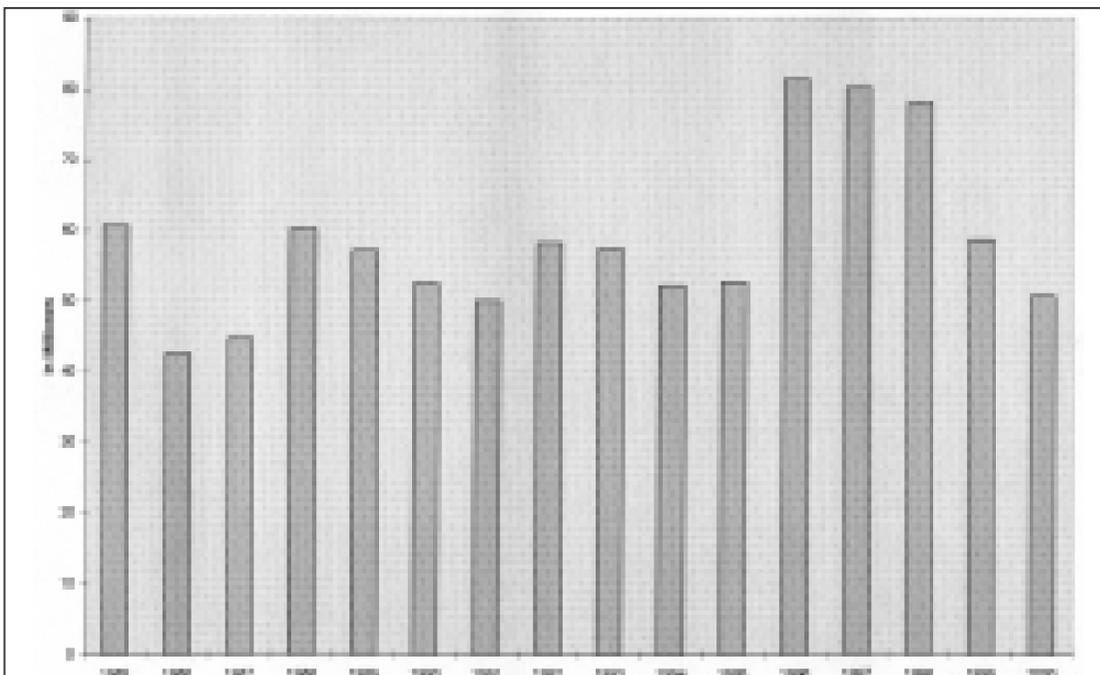
Viele Vereine und Verbände, die wertvolle soziale und kulturelle Leistungen erbringen, fürchten um ihre Existenz. Einigen drohen Kürzungen bis zu 16%, die wiederum den Verlust anderer Zuschüsse von Bund und Land nach sich ziehen werden.

Ein eisiger Wind weht durch die Stadt – aber schuld, nein schuld ist daran natürlich niemand, jedenfalls nicht in Bamberg.

Wenig schmackhaft

Moralisch gesehen, könnten sich die GAL-StadträtInnen entspannt zurücklehnen. Keinen der für die heutige Haushaltsmisere verantwortlichen Beschlüsse hat die GAL-Stadtratsfraktion mitgetragen, vielmehr in den letzten Jahren alle Haushaltsentwürfe abgelehnt. Seit Jahren warnt die GAL davor, immer wieder neue Schulden zu machen, und bringt Vorschläge ein, wie dies zu vermeiden wäre (Erhöhung der Gewerbesteuer, Ausstieg aus der Weihnachtsbeleuchtung, Ausstieg aus der Bezuschussung der Gartenarbeit für die Kirchen u.v.m.) – leider ohne Erfolg.

Da fällt es schon schwer, jetzt, wo beinahe nichts mehr zu retten ist und auch wir nur noch mit Mühe Einsparvorschläge finden, immer noch konstruktiv im Stadtrat mitzuarbeiten. Warum soll ausgerechnet die GAL die Suppe auslöffeln, die andere eingebrockt haben? Aber um Schlimmeres zu verhüten, wird auch die GAL einige schmerzhaft Sparmaßnahmen mittragen. Dennoch – es gibt Grenzen: Die Auswirkungen zur Personalreduzierung müssen unserer Ansicht nach permanent auf den Prüfstand. Eine Unterbietung der derzeitigen Tarifstruktur in den Altenheimen und/oder eine Einschränkung der Pflegequalität werden wir nicht hinnehmen. Festhalten wird die GAL außerdem an der Jugendhilfeplanung und an der momentanen Qualität des Kindergarten-Angebots.



Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Bamberg von 1985 bis 2000

Grafik: Peter Gack

I N H A L T

Verirrt im Antennenwald?

Bamberg stehen noch viele Mobilfunkantennen bevor. Doch die Stadt sollte die Gesundheit der BürgerInnen vor Elektromog schützen.

Seite 2

Autofahrer in der Minderheit

Umfragen in den letzten Jahren haben ergeben: Die Innenstadt-KundInnen kommen größtenteils zu Fuß, per Rad oder mit dem Bus in die City.

Seite 3

City-Logistik? Find ich gut...

Eine City-Passage braucht keine Tiefgarage, sondern gute Ideen.

Seite 3

Wirtschaftspolitik neu denken

Die Nachfolge des Wirtschaftsreferenten sollte eine Diskussion anstoßen: Wie soll Bambergs Wirtschaft in Zukunft aussehen?

Seite 5

Ökosteuer ist o.k.

Wie man die verlogene Kampagne der Opposition gegen die Ökosteuer auseinandernehmen kann...

Seite 6

Zwangsarbeiter in Bamberg

Recherchen im Stadtarchiv zeigen: Zahlreiche Unternehmen und auch die Stadt Bamberg selbst beschäftigten Hunderte von ZwangsarbeiterInnen während der NS-Zeit.

Seite 7

Elektrosmog vom Dach nebenan

Bald wird vielleicht jedeR BambergerIn in der Nähe einer Mobilfunkanlage wohnen – Die Gesundheitsrisiken sind bis heute ungeklärt

Derzeit sind bereits ca. 60.000 Mobilfunkanlagen in Deutschland in Betrieb, allein 40 davon sind in Bamberg aufgestellt. Um eine „flächendeckende Versorgung“ aller BambergerInnen zu erreichen (erklärtes Ziel von Mobilfunkbetreibern), muss diese Anzahl noch mehr als verdoppelt werden. Welche Folgen das für die Gesundheit der vielen Menschen hat, die in unmittelbarer Nähe leben, bleibt offen.

Für die Betreiber ist der Handy-Boom ein Riesengeschäft. Verkaufsstellen schießen wie Pilze aus dem Boden, kaum eine Gewerbezeile, die nicht „ihren“ Handyladen aufzuweisen hat. Bezahlen müssen DauertelefoniererInnen, die sich teilweise bereits jetzt durch den unkontrollierten Zugang und durch unlautere Praktiken bei Geschäfts-

abschluss hoch verschulden, besonders Jugendliche ohne eigenes Einkommen.

Streit um Beweise

Bezahlen müssen aber auch Bürger und Bürgerinnen, die empfindlich auf elektromagnetische Strahlung reagieren. Es besteht die Gefahr, dass durch die von Feststationen und mobi-

len Sendeanlagen ausgehenden Hochfrequenz- und Mikrowellenstrahlungen schädliche biologische Veränderungen hervorrufen. Die Auswirkungen von Elektrosmog sind zwar noch umstritten, ebenfalls die Untersuchungsmethoden zu Grenzwertbestimmungen. Es gibt aber wissenschaftliche Studien, die besagen, dass auch bei Einhaltung der festgelegten Grenzwerte und Abstandsflächen Störungen wie Blutbildveränderungen, Krebs und Erbgutschäden drohen.

Selbst der Umweltpakt Bayern enthält die Verpflichtung, dass Betreiber Anlagen gemeinsam nutzen und ihre Planungen aufeinander abstimmen sollen. Leider gibt es aber noch keinen Auftrag an die Kommunen, ein Mobilfunkkonzept zu erstellen, das BürgerInnen vor vermeidbarem Elektrosmog schützt. Nötig wären vor allem Schutzzonen um Einrichtungen wie Altenheime, Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen.

Doch im Moment müssen Mobilfunkanlagen keine emissionschutzrechtliche Erlaubnis nachweisen und sind bis zu einer Höhe von zehn Metern nicht genehmigungspflichtig.

Bis notwendige Untersuchungen abgeschlossen sind, kann noch viel Zeit ins Land gehen.



Foto: Sylvia Schaible

Die Mobilfunkantenne auf dem Gebäude Schützenstr. 23, in unmittelbarer Nähe von zwei Kindergärten, einer Kinderkrippe und einem Altenwohnheim, führte zur Gründung einer Bürgerinitiative.

Landtags-Grüne streben Gesetzesänderung an

Laut Bayerischer Bauordnung sind zur Zeit Mobilfunkanlagen mit einer Höhe von weniger als zehn Metern grundsätzlich von einer Genehmigung freigestellt. Ein aktueller Gesetzesentwurf der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag will dies ändern. Die Aufstellung aller Mobilfunkanlagen sollte demnach in die Genehmigungskompetenz der Kommunen fallen. Die Städte und Gemeinden könnten dann die Verbreitung von Sendeanlagen in ihrem Gebiet steuern und geeignete Standorte bestimmen. Betroffene Nachbarn müssten gesetzlich am Verfahren beteiligt werden und könnten ihre Einwände vorbringen. Mögliche gesundheitlich Risiken würden überprüft.

Gastkommentar

Johannes Wagner-Friedrich

Keine ausgeprägte Erinnerungsarbeit

„Nach Erkenntnissen der Polizei sind in Bamberg ca. 40 Personen dem organisierten Neonazismus zuzuordnen.“ Das erfuhr der Bamberger Stadtrat Ende September dieses Jahres aus einem Bericht über die hiesige rechtsextreme Szene. Eine nach Meinung der Stadt nicht Besorgnis erregende Zahl. 40 Menschen kann man überblicken. Geht man allerdings davon aus, dass auch diese 40 Menschen sich frei bewegen und wohl kaum ständig überwacht werden können, fragt es sich, ab welcher Zahlengröße Menschen mit rechtsradikalem Gedankengut anfangen, in einem Gemeinwesen wie Bamberg Besorgnis zu erregen.

Leider taugen Berichte nur solange nichts passiert. Und sie lenken den Blick ab von der Wirklichkeit. Selbst ein paar Rechtsradikale genügen, das lernen wir aus den täglichen Zeitungsmeldungen, um ungeschützte Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen. Und das Problem ihrer Existenz beständigen letztenendes diejenigen, die sie gewähren lassen. Die zusehen, aber nicht intervenieren. Die zuhören, aber keine Widerrede leisten. Die wissen, aber mit den Schultern zucken und ihre Ruhe haben wollen.

Das wirklich Erschreckende ist die Gleichgültigkeit der Unbetroffenen. Sie werden ja schließlich nicht durch die Straßen gejagt. Ihnen wirft ja niemand einen Brandsatz in die Kirche. Ihnen kann man ja nicht nachsagen, daß sie nur auf Kosten der Gesellschaft hier leben. Und deswegen bleiben sie stumm. Sie mögen diese rechten Spinner nicht, also wollen sie auch nicht mit ihnen behelligt werden. Das

sind eh nur Kriminelle, und für die sind die Polizei und die Gerichte zuständig.

Es ginge auch ein wenig anders. In Schweden zum Beispiel hat der Regierungschef die erschreckende Unkenntnis der Jugend des Landes, und nicht nur der Jugend, zum Anlaß genommen, von zwei jungen Historikern ein Buch darüber schreiben zu lassen, wie der Antisemitismus in Europa entstand, wie er gepflegt und gefördert wurde und wie er sich die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu heimlichen und öffentlichen Komplizen machte. Dieses Buch bekam jeder Schüler Schwedens und zusätzlich jeder Haushalt des Landes. Die Regierung spekulierte auf die Verblüffung, die Neugier und den Wissensdurst der Menschen und hatte nachhaltigen Erfolg.

Eine ähnliche Aktion, zum Beispiel mithilfe dieses Buches, das es auch auf deutsch gibt und das nicht viel mehr als ein Taschenbuch kostet, könnte die Stadt Bamberg starten. Schulen könnten den Ball aufgreifen und den Nationalsozialismus zum Gesprächs- und Lehrstoff in allen Jahrgangsstufen machen. Kirchengemeinden und Jugendverbände könnten Patenschaften übernehmen für hier lebende Menschen ohne deutschen Pass.

So würde aus der vom Stadtrat angemahnten Wachsamkeit ein lebendiger Prozess werden, der nicht nur Angelegenheit von Polizei und Justiz bleibt, sondern eine ganze Stadt bewegt, die so wichtige Attribute in ihrem Beinamen trägt: Welt – Kultur – Erbe.

Johannes Wagner-Friedrich ist evangelischer Pfarrer und arbeitet als Gefängnisseelsorger in der Justizvollzugsanstalt Nürnberg



Aber im Interesse der Menschen besteht jetzt Handlungsbedarf. Bisher beschäftigte sich in Bamberg der Umweltsenat, der Bau- und eine Gesprächsrunde mit der Thematik. Zum Gespräch waren die vier Mobilfunkbetreiber, VertreterInnen des Stadtrates und der Verwaltung geladen. Ergebnis: Die Betreiber erklärten sich bereit, die künftigen Planungen mit der Stadtverwaltung abzusprechen. Nicht ohne zu betonen, dass sie dazu nicht verpflichtet seien. Diesem Fachgespräch, das bewusst nicht öffentlich durchgeführt wurde, folgt nun eine Expertenrunde in St. Urban – öffentlich, ausgewogen, „ohne Hardliner“.

Antennenwald auf Bambergs Dächern?

Das Thema Mobilfunk berührt nicht nur gesundheitliche Interessen. Die historische, schützenswerte Dächerlandschaft Bambergs erhält mit den Anlagen heimlich, still und leise ein neues Gepräge. Leider nicht im Sinne von „neuem Bauen in alter Substanz“. Eine flächendeckende Versorgung mit Mobilfunkanlagen bedeutet einen neuerlichen Antennenwald, der die mittelalterliche Dachlandschaft beeinträchtigt – und das unter den Augen der Denkmalbehörden, deren rechtliche Möglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Doch es liegt in der Hand der Stadt, hier

Einhalt zu gebieten: Eine Gestaltungssatzung, die das Aufstellen von Anlagen im historischen Bereich regelt, würde gleichzeitig dem Wunsch nach gesundheitlicher Vorsorge entsprechen.

Bamberger Umweltgespräche: Mobilfunkanlagen

Podiumsdiskussion mit Vertretern der BI „Bürgerwelle“, der Telekom und der Landesgewerbeanstalt.

23.11.2000, 19.30 Uhr
Gemeindezentrum St. Urban,
Babenbergerring 26.

HAAR- UND HAARPFLEGE
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Karlstadt, Innersiedelstraße
Möbel- und Hochregaltransport
Möbelreinigung - Aufstellung
Spezial: Kunstwerke Nr. 109
☎ 099 511 6 93 39 fax 31 40

Natur auf Tour mit Genies Abo-Kiste!!!
Mit jeder Abo-Kiste liegt gratis in meine Abo-Kiste:
• 400g Bio-Kaffee und Bio-Tee
• 100g Bio-Kakao mit Bio-Milch
• 100g Bio-Milch
• 100g Bio-Joghurt
• 100g Bio-Quark
Bei jedem Abo-Kiste liegt gratis ein Bio-Kaffee nach Hause.
Guten Appetit!
Endrei
Bio-Produkte
Karlstadt, Innersiedelstraße
☎ 099 511 6 93 39 fax 31 40

LOFT CAFE
für
Nachtschwärmer

- warme Küche bis Mitternacht
- vielfältige Abendkarte (auch vegetarisch)
- ab 23⁰⁰ Mitternachtspecials (spezielle Kleinigkeiten)
- Cocktails, Weine, Biere im Hofcafé

Gutscheine für candle-light-dinner
3-4 Gänge Menü

Mo-Fr 8-1 Uhr
Sa 9-2 Uhr
So 9-1 Uhr

Außenstraße 14 · 96047 Bamberg
Telefon (0991) 2 54 47

Kunden kommen mit Geld, aber nicht mit dem Auto

Eine wenig bekannte Tatsache: Weit über die Hälfte aller Kunden und Kundinnen kommen zu Fuß, per Rad oder ÖPNV zum Einkaufen

Wenn in Bamberg über Verkehrspolitik diskutiert wird, dann dauert es zumeist nicht lange, bis es heißt: „Aber zum Einkaufen brauche ich doch ein Auto!“ Und die betroffenen Geschäftsleute – zumal in der Innenstadt – ergänzen: „Nur wenn die Autofahrer ohne Schwierigkeiten zu uns kommen können und schnell einen Parkplatz finden, gehen unsere Geschäfte gut!“ Woher sie diese Sicherheit nehmen, ist schleierhaft. Eigentlich könnten und müssten sie es besser wissen. Spätestens seit zwei Untersuchungen über die Verkehrsmittelwahl vorliegen.

Die Mehrheit ist nicht motorisiert

Die erste Untersuchung ist eine repräsentative Befragung von Bamberger Haushalten aus dem Jahr 1997, die von der Stadt Bamberg bei einem externen Fachbüro in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse sind eindeutig: 43% aller Wege in Bamberg werden mit MIV (motorisierter Individualverkehr = Auto, Motorrad oder als MitfahrerIn dieser Verkehrsmittel) zurückgelegt. Der größere Teil der Wege, nämlich 57%, fallen aber auf den so genannten Umweltverbund, also Füße (24%)

und Rad (20%) sowie Bus und Bahn (13%) (siehe Grafik). Zum Einkaufen nutzen die BambergerInnen den Umweltverbund sogar noch stärker. 60% kommen mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbunds (29%

zu Fuß, 16% per Rad, 15% mit Bus und Bahn). Und das, obwohl in diesen Zahlen auch die Einkaufsfahrten in die Gewerbegebiete am Stadtrand enthalten sind!

Landkreisbewohner kommen zu 48% ohne Auto in die City

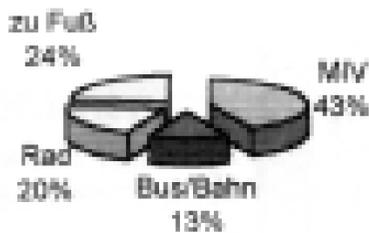
Im Jahr 1999 nahm das Stadtplanungsamt eine Fußgängererhebung in der Innenstadt vor. Auch diese Untersuchung relativiert die Bedeutung des Autos für den Innenstadtbuch: Über zwei Drittel aller Befragten – egal ob aus Bamberg, aus dem Landkreis oder als TouristIn hier – kamen mit dem Umweltverbund in die Innenstadt. 30,2% mit Bus/Bahn, 24,2% zu Fuß und 13,1% mit dem Rad, nur 32,5% mit dem MIV.

Bei den Innenstadtb Besuchern aus dem Landkreis waren deutlich mehr, nämlich 52% mit dem MIV unterwegs. Das heißt aber auch: Trotz der bekannt schlechten Anbindung des Landkreises mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen immerhin noch 48% aller Landkreisbesucher mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbunds in die Bamberger Innenstadt.

Aufklärung tut not

Die Stadtverwaltung sollte die Ergebnisse dieser Untersuchungen nicht einfach in den Schubladen des Rathauses verschwinden lassen, sondern offensive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, um ein Umdenken auch im Einzelhandel zu bewirken. Auch der Stadtmarketing-Verein und der City-Manager wären hier sehr gefragt.

Verkehrsmittelwahl der Bamberger Haushalte



Grafik: GAL, auf der Basis der Modal-Split-Analyse von 1997

Eine City-Passage braucht keine Tiefgarage, sondern gute Ideen

Intelligente City-Logistik kann Parkplätze ersetzen – Ein Plädoyer für eine lösungsorientierte Politik

Wenn es in Bamberg um Verkehrspolitik geht, dann bestimmen Reizthemen die Diskussion. Bergverbindung und Sandstraßensperrung sind solche Reizthemen, aber auch der Bau einer Tiefgarage zur City-Passage. Und immer schaukeln sich die Gemüter schnell hoch, weil jede Seite sich mit ihrer Sichtweise wesentlich identifiziert.

Dabei gibt es viele Interessen, die berechtigterweise vorgetragen werden: Geschäftsleute wollen Geld verdienen, AnwohnerInnen fordern gesunde Luft, InnenstadtbewohnerInnen wünschen sich eine attraktive und erreichbare City. Die Berechtigung all dieser Interessen wird von niemand bestritten. Der Streit beginnt dann, wenn eines dieser berechtigten Interes-

sen den anderen übergeordnet wird.

Der Einzelhandel meint, bei der City-Passage auf eine Tiefgarage keinesfalls verzichten zu können. Die Tiefgarage erscheint als Symbol für Erreichbarkeit der Innenstadt und für Umsatz. Schwer verständlich in diesem Fall, denn schon die Stadtwerke bringen täglich annähernd 40.000 Fahrgäste zum ZOB und damit vor den Eingang eben der geplanten City-Passage.

Nicht genug? Das schon, so stimmen die Tiefgaragenbefürworter zu, aber die KundInnen der City-Passage brauchen ihr eigenes Auto, um schwere Einkaufstaschen zu transportieren. Eine mutige Behauptung, schleppen doch 95% der Leute nur Einkäufe zwischen 1,8 und 2,3 kg

nach Hause – tragbar, wie wir finden. Aber, so der Einwand, im geplanten Großmarkt werden ja gerade Großeinkäufe getätigt, inklusive Bier- und Mineralwasserkästen, und die sind wesentlich schwerer.

Doch könnte nicht gerade hier die besondere Attraktivität der City-Passage ohne Tiefgarage liegen? Wäre es nicht sinnvoller, an einem Ausgang einen Transport-Service anzubieten? Wenn hier alle Waren, die in der Bamberger Innenstadt gekauft wurden, abgegeben werden könnten zur Frei-Haus- oder Park-and-Ride-Platz-Anlieferung. Das klappt in anderen Städten. Damit könnten die Betreiber werben: Die Einkaufsstadt Bamberg mit dem besonderen Service.

Ein so gestricktes Konzept

würde mehrere Ziele erreichen: Die Stadt würde durch eine Einkaufspassage attraktiver. Weiterer Verkehr würde durch den Anziehungspunkt City-Passage nicht nach Bamberg gelockt. BürgerInnen würden ermutigt, ihr Auto vor den Toren der Stadt abzustellen. Das nun wiederum wäre ein Beitrag zur Senkung des CO-Ausstoßes und der Russ- und Benzol-Belastung in der Innenstadt.

Die Verkehrspolitik in Bamberg stagniert seit Jahren. Der einseitige Streit über emotionsbeladene Reizthemen führt nicht weiter. Notwendig ist die Festschreibung von Zielen, über die Konsens besteht, und eine pragmatische Suche nach Lösungen, in die alle diese Ziele integriert werden können.

neigez

Auf die Barrikaden!

Erinnern Sie sich noch an den Oberbürgermeister-Wahlkampf? Da verkündeten ÜBG und CSU vollmundig, wie groß doch der Vorrat an konzeptionellen Gemeinsamkeiten sei. Nach Lauers Wiederwahl werde man auch in der Verkehrspolitik anpacken. Die Wahl ist mehr als ein halbes Jahr vorbei. Weder von Gemeinsamkeiten noch gar von Konzepten ist etwas zu sehen.

Doch gerade in der Verkehrspolitik wäre das dringend nötig. An allen Ecken brennt es. Die Luft in den hoch belasteten Straßen der Altstadt ist nach wie vor schlecht. Aber der Stadtrat beschließt – wenn überhaupt – nur Pseudo- und Alibi-Maßnahmen.

Erfreulich dagegen, dass sich die Bamberger BürgerInnen das alles langsam, aber sicher nicht mehr gefallen lassen wollen. Beispiel Memmelsdorfer Straße: Dort haben die AnwohnerInnen rund eineinhalb Jahrzehnte mit bewundernswerter Geduld die Folgen einer verfehlten Verkehrspolitik ertragen. Denn es war ja der Bau der so genannten „Nordtangente“, der die Memmelsdorfer Straße zur ständig verstopften, lauten und stinkenden Durchgangsstraße machte.

Der CSU, die diese Politik zu verantworten hat, fällt dazu aber nicht mehr ein, als den Verkehr zur Hälfte in die nicht ganz so belastete Zollnerstraße verlagern zu wollen. Die ÜBG schwadroniert wie immer von nicht näher erläuterten Kompromissen, die es einzugehen gelte. Und die SPD hofft auf die Verlängerung der Kronacher Straße, die sich die Stadt in den nächsten Jahren schon auf Grund ihrer miesen Haushaltslage nie und nimmer leisten können. Dabei hätte spätestens der Beschluss, auf der Breitenau einen Park-and-Ride-Platz zu bauen, Anlass sein müssen, eine durchgreifende Verkehrsberuhigung für die Memmelsdorfer Straße zu planen. Dies hätte nicht nur den AnwohnerInnen die längst verdiente Entlastung gebracht, sondern auch Möglichkeit für eine schnelle Busanbindung des P+R-Platzes geschaffen.

Nicht nur in der Memmelsdorfer Straße sollten Transparenten hängen. Der Stadtrat braucht Druck, ja gar Drohungen – sonst reihen sich wieder nur Versuchsentwürfe an Diskussionsgrundlagen und Konzeptpapiere. Den verantwortlichen PolitikerInnen muss eins klar werden: Nichts schadet ihnen mehr als das Nichtstun. Und die Kommunalwahl im März 2002 kommt schneller, als man denkt...



Bürgerprotest in der Memmelsdorfer Straße

Foto: Sylvia Schaible

Bedarf ist kaum zu decken

„Brucker Land“-Produkte stehen für erfolgreiche Regionalvermarktung – Anregungen auch für die Gärtnerstadt Bamberg?

Wer im Landkreis Fürstentfeldbruck in den Supermarkt geht, trifft am Nudelregal, an der Fleischtheke, am Kühlregal für Käse und Milch, bei den Eierschachteln, im Back-Shop oder in der Kartoffelecke immer wieder auf ein Logo: „BRUCKER LAND“. Produkte aus dem westlich von München gelegenen Landkreis werden unter diesem Siegel professionell vermarktet. Der Bekanntheitsgrad der „Brucker Land“-Waren liegt laut Umfragen bei 92%. Beleg für die Erfolgsgeschichte eines Regionalmarketings, wie es auch für Bamberg und seine Gärtnerbetriebe wertvolle Anregungen geben könnte.

Begonnen hat das Projekt 1993 in einer Pfarrgemeinde im kleinen Dorf Nassenhausen. „Wir haben zuerst eine breite Basis aufgebaut“, erinnert sich Elisabeth Seiltz, heute Zweite Vorsitzende des Fördervereins „Brucker Land Solidargemeinschaft e.V.“. Dazu gehörten die Bäckerinnung, das Amt für Landwirtschaft, der Bauernverband, Kirchenvertreter sowie Umwelt- und Naturschutzgruppen.

30 Landwirte waren von Anfang an dabei. Gestartet wurde mit dem Brucker Landbrot als erstem Produkt. Darauf folgten in vierteljährlichem Abstand die Produkte Semmel, Milch, Honig, Käse und Kartoffeln. Im Herbst 1996 kamen Bier, Saft von Streuobstwiesen und Nudeln auf den Markt. Gewissermaßen nebenbei entstand ein Angebot von Wiesenheu, Stroh und Rapsöl. Ein rein regional arbeitender Schlachthof bringt seit 1998 „Brucker Land“-Fleisch und -Wurst in die Metzgereien. Neuerdings gibt es bei zehn Gastwirten im Landkreis besondere „Brucker Land“-Menüs, für die zusätzlich noch Gemüse geliefert wird.

140 Verkaufsstellen

Inzwischen sind 120 landwirtschaftliche Betriebe an das Vertriebssystem des „Brucker

Land“ angeschlossen. Der Vertrieb läuft entweder direkt zwischen Erzeuger- und Abnehmerbetrieben oder wird über eine GmbH mit 30 Teilzeitbeschäftigten völlig handelsüblich organisiert: Die Bauern bringen ihre Waren zu einer Zentrale, von wo aus 3 Lkws insgesamt 140 Verkaufsstellen beliefern. „Brucker Land“-Produkte kann man eigentlich überall kaufen: in Supermärkten und Getränkemärkten, in Bäckereien, Metzgereien oder auf dem Bauernmarkt; man kann sich sogar Geschenkkörbe liefern lassen.

Zu erkennen sind die „Brucker Land“-Waren am Logo, das gut sichtbar auf Regalen und Verpackungen prangt. Wo das Siegel mit dem weißblauen Himmel über Baum und Hügelandschaft draufklebt, ist auch die Zahl auf dem benachbarten Preisschild meist etwas höher. Bis zu 30% und mehr müssen die VerbraucherInnen im Vergleich zu herkömmlichen Angeboten berapen. Aber die „Brucker Land“-KundInnen wissen die Qualität offenbar zu schätzen und greifen dafür gerne etwas tiefer ins Portemonnaie. „Seit kurzem“, weiß Elisabeth Seiltz zu berichten, „haben wir auch Eier im Angebot – für 55 Pfennige das Stück. Wir waren schon skeptisch wegen dem Preis. Aber heute krie-

gen wir gar nicht genug Eier her, um den Bedarf zu decken.“

Professionelles Design

Jedes einzelne „Brucker Land“-Produkt, von der 2-Kilo-Kartoffel-Tüte bis zum Honigglas, ist völlig durchgestylt und bei Supermarktkassen scannerfähig. „Wir wollen uns nicht durch ein Bio-Müsl-Image von anderen Produkten abheben“, meint Elisabeth Seiltz, „wir haben ein professionelles Design, das es mit jeder Nestlé-Konkurrenz aufnehmen kann.“

„Bio“ ist derzeit noch kein zentraler Punkt beim Projekt „Brucker Land“, obwohl mittlerweile auch hier Bio-Produkte wie das „Brucker Land“-Öko-Brot oder der Öko-Senf Einzug in die Angebotsliste gehalten haben. Ansonsten bewegen sich die Richtlinien, die vom Förderverein erarbeitet werden, „irgendwo zwischen konventionellem und ökologischem Anbau“. Diese Vorgaben werden dafür aber äußerst streng gehandhabt, darauf legt die Zweite Vorsitzende des Fördervereins großen Wert. Zur Überprüfung zieht der Förderverein Landesanstalten und Untersuchungsbüros heran, monatliche Protokolle der Kontrol-



„Brucker Land“-Produkte mit professionellem Design im Supermarkt

Foto: „Brucker Land e.V.“

len sind für jedeN VerbraucherIn einsehbar.

Der direkte Kontakt zu den KundInnen wird bei den „Brucker Land“-Betrieben groß

geschrieben. Regelmäßig werden Veranstaltungen organisiert: Erntedankgottesdienste, Schul- und Umweltfeste, Regionalmessen, es werden Informationsblätter in den Läden verteilt und dort auch das direkte Gespräch mit den KundInnen gesucht, seit 1998 erscheint sogar eine Kundenzeitschrift: die „Brucker Land“-Post. Inzwischen gibt es ein von der Sparkasse finanziertes Spiel „Abenteuer Brucker Land“, und mit der Initiative „Brucker Land Sonnenland“ engagiert man sich überdies bei der Vermarktung von Sonnenkollektoren in der Region.

Was ist eigentlich das Erfolgsrezept der „Brucker Land“-Leute? Elisabeth Seiltz betont den Zusammenhalt: „Wir begreifen uns als Partner und haben gemeinsam den Mut gefasst, unsere Geschichte selbst in die Hand zu nehmen.“ Das habe bei Herstellern und Verbrauchern ein neu-

es Bewusstsein für die Region geschaffen. Und das ist offenbar ansteckend. Derzeit sind die Fürstentfeldbrucker gerade dabei, ihr Erfolgsrezept in die anderen Landkreise rund um München zu „exportieren“.

Nur mal ein paar Ideen...

Könnte es nicht auch ansteckend für Bamberg sein? Das wäre doch möglich, oder?: Ein Marktstand mit Gemüse, Obst und Kräutern von Bamberger Gärtnern auf dem Maxplatz. Die „Bamberger Gärtnercke“ im Gemüseregal bei Kupsch und Edeka. Echt Bamberger Kräuterteemischungen in originellen Apfelweibla-Teedosen als Geschenkidee oder Souvenir für TouristInnen. Bamberg-Menüs mit Produkten aus der Region im Schlenkerla und im Spezi. Eine Kartoffelpfanne aus „Bamberger Hörmla“ und ein Bamberger Süßholzfest.

Best of GAL
Anträge und was aus ihnen wurde

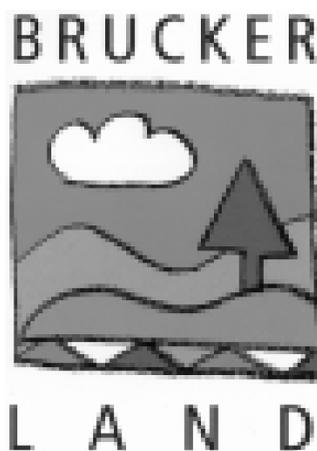
Rathaus hat nun doch Ziele vor Augen

Ein „Konzept für kommunale Umweltqualitätsziele“ beantragte GAL-Stadtrat Dr. Gerd Rudel im Januar 1991. Darin sollte der Stadtrat genau festlegen, welche umweltpolitischen Vorgaben bis zu welchem Zeitpunkt und durch welche Maßnahmen erreicht werden sollen. Eigentlich eine ganz normale Vorgehensweise, wenn man ernsthaft Ziele verfolgt und Erfolge auch regelmäßig kontrollieren will. Obwohl die Verwaltung in der Sitzungsvorlage ihre Unterstützung signalisierte, lehnte die Stadtratsmehrheit den GAL-Antrag damals ab. Begründung: Zu umständlich. Man müsste zu viele Daten sammeln, Analysen durchführen, politische Konzepte erarbeiten – kurzum, die Umwelt ist so viel Aufwand auch wieder nicht wert.

Aber: Gegen gute Vorschläge

ist auch das Bamberger Rathaus nicht völlig resistent. In der aktuellen Ausgabe des seit 1993 alljährlich erstellten Umweltberichts gibt es unter der Rubrik „Daten und Fakten kompakt“ erstmals einen Überblick über feststellbare Veränderungen der lokalen Umweltsituation von 1990 bis 1999. Und für das nächste Jahr soll eine „Umweltbilanz 2000“ vorgelegt werden.

Wörtlich und in schönstem Bürokratendeutsch lautet der Arbeitsauftrag des Stadtrats an das Umweltamt: „Neben der Formulierung von Umweltqualitätszielen und Umwelthandlungszielen ist die Priorität der erforderlichen Maßnahmen darzustellen.“ Oder mit anderen Worten: Im Jahr 2000 wurde nach 9 Jahren „Reifezeit“ der GAL-Antrag angenommen. Na also!



Logo: „Brucker Land“

NATUR & MODE

Weberknecht & Seldensplinner

Feldstraße 10 • BAMBERG • Tel. (0931) 62 740

SCHUH-LECHNER

Bei uns erhalten Sie
Bandgard (jetzt bis Gr. 40) + 1/4 Boot + Think + Lait's
Gams + Hutzis + Flightlander + Hoppo + ...

und vor allem: **persönliche Beratung**

wir sind eingeregnet - seit 1. März 2000:

JOSEPHSTR. 9 Nähe Bahnhof

Mo - Fr 9:30 - 18:30 Sa 9:30 - 14:00 (letz) Bamberg Tel 0931 281365
Box 3 mit Leihpolizei/Kino Bahnhof 3 min im Hof

Neuer Wein in alten Schläuchen?

Die Nachfolge Robert Gegenfurtners macht es notwendig, die Strukturen Bamberger Wirtschaftspolitik grundsätzlich zu diskutieren

Die demnächst anstehende Neubesetzung des Amtes des Wirtschaftsreferenten kann Stillstand oder Fortschritt bedeuten. Es kommt darauf an, welche Aufgaben und Anforderungen die Politik an die/den Nachfolger/inn/en stellt. Bei einem „weiter so wie bisher“ ist ein wirtschaftlicher Aufschwung allerdings nicht abzusehen. Wir brauchen neue Denkansätze.

Nun gibt es auch Oberbürgermeister Herbert Lauer zu: Die Kassenlage der Stadt Bamberg ist hoffnungslos schlecht, mangelnde Gewerbesteuerentnahmen und eigene Fehler stellen unsere Stadt in ungeahnte Bedrängnis. Erneute Kürzungen werden unvermeidlich sein. Es ist also Zeit – höchste Zeit – wirtschaftspolitische Phantasie und Tatkraft ins Rathaus zu bringen.

Robert Gegenfurtner, umstrittenster Referent Bambergs, hat seinen Sessels freiwillig geräumt, indem er seinen Ruhestand antrat. Die GAL meint: Dieser Sessel alten Zuschnitts kann ab sofort unbesetzt bleiben. Um Bamberg's Wirtschaftslage zu verändern und zu verbessern, bedarf es keinen warmen Sessels, sondern eines Ambientes, das Phantasie fördert, das neue Ideen nach Bamberg bringt.

Quirlige Akquisition

Gefragt ist daher eine Person oder ein Team, das in Bamberg's Namen quirlige Akquisition betreibt – und zwar auf Feldern, die bisher unbeackert blieben. Harte Arbeit erfordert es schon, Bamberg's Wirtschaft in ihrem Bestand zu erhalten, noch mehr,

sie zu fördern und neue Impulse zu setzen. Sehr schnell wird da auch der Wendigste an seine Grenzen stoßen.

Doch zumindest die engen Grenzen des Fünfziger-Jahres-Leitbildes können verlassen werden. Mangels eines zeitgenössischen Stadtleitbildes – Lauer's Hauchbildchen kann's ja wohl nicht sein! – verharrt Bamberg's Wirtschaftspolitik noch in unbeweglichen starren und sturen Strukturen.

Die Stadt Bamberg isoliert sich noch immer von ihrem Umland. Landrat Denzler bringt „von Landseite“ wenigstens in den Schlagzeilen der Lokalzeitung frischen Wind in die Stadt-Land-Beziehung. Aber dabei bleibt es leider. In der Praxis funktioniert das Schutzmachtendenken zugunsten der kleinen Gemeinden nach wie vor. Vor allem die Gemeinde-Bürgermeister müssen sich noch umstellen: auf mehr Zusammenarbeit und koordinierte Entwicklungsstrategien.

Bamberg als Region begreifen

Ganz besonders alt und verkrustet sind die bis heute bestehenden Eifersuchtsphantasien zwischen Bamberg auf der einen,



Karikatur: Christiane Pfohlmann

Hallstadt, Stegaurach, Bischberg und Hirschaid auf der anderen Seite. Unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit sind diese Blockaden mehr als hinderlich. Regionales Denken gerade auf dem Sektor der Wirtschaftspolitik ist der einzige Weg, um in einem sicherlich gnadenlosen Standortwettbewerb mithalten zu können. Dass dieser auf europäischer und globaler Ebene gleichzeitig läuft, ist natürlich mit

einzublenzen in künftige Strategien.

Die regionalen Standortqualitäten gilt es also anzupreisen und fortzuentwickeln. Hier darf nichts dem Zufall überlassen werden. Das gemeinsame und entschiedene Auftreten der Region Bamberg kann zur gewünschten Wechselwirkung mit anderen Regionen führen bis hin zu neuen Vernetzungen. Die bisherige zögerliche Planungs-

politik hat uns nur Rezession, Arbeitslosigkeit, Finanznot und Verschuldung der öffentlichen Haushalte gebracht.

Beispiel Nürnberg

Daraus gelernt hat bereits der Nürnberger Raum, in dem sich ein eingetragener Verein „Die Region Nürnberg“ gebildet hat. Sinn und Zweck ist die Suche nach neuen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Seit etwa zwei Jahren wird nun aktiv regionales Marketing betrieben – wie es heißt, mit guten Erfahrungen.

Diese beruhen auf konkreten Vorschlägen für eine interkommunal abgestimmte Gewerbeflächen- und Wirtschaftspolitik, für eine regionale Innovations- und Technologiepolitik. Dass es nicht nur bei konkreten Vorschlägen bleibt, sondern auch die Umsetzung gelingt, dafür sorgt ein strenges „controlling“.

Was Nürnberg auch geschafft hat, ist die gemeinsame Unterzeichnung eines Entwicklungsleitbildes durch Oberbürgermeister und Landrat. Das wurde prompt belohnt: Auf dieser Grundlage konnten aus den legendären Privatisierungsmitteln 70 Mio DM für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in die Nürnberger Region fließen.

Neues Denken etablieren

Bei der Nachfolge des Bamberger Wirtschaftsreferenten geht es daher um mehr als um die Neubesetzung eines gut dotierten Postens im Rathaus. Es geht darum, ein neues Denken in der Wirtschaftspolitik in Bamberg zu etablieren, mit originellen Einfällen, mit dem Mut zum Querdenken und mit zuversichtlicher Herangehensweise.

Ob all das im warmen Rathaus-Sessel entstehen kann, ist fraglich. Deshalb sollte man die Wirtschaftsreferenten-Nachfolge auch aus dieser Perspektive diskutieren: Vielleicht brauchen wir eher ein Team von Fachleuten? Muss der Wirtschaftsreferent unbedingt Angestellter der Stadt sein? Wäre es sinnvoller, projektbezogene Einzelaufträge zu vergeben?

Wenn solche Vorschläge von vornherein ausgeklammert werden, wird die Bamberger Wirtschaftspolitik auch in Zukunft in ihren eingefahrenen Bahnen dahintuckern.

RATHAUSMA 99Z IN

Als Reformbremser unschlagbar

Es ist immer wieder ein Thema bei den Sitzungen der GAL-Stadtratsfraktion: die Reform der Stadtverwaltung. Sie verläuft zögerlich und schleppend, es fehlen zündende und pepige Ideen, die Beschäftigten werden nicht genügend motiviert, Bürger und Bürgerinnen beschwerten sich wie eh und je. Vielleicht kann man dem ganzen durch Wettbewerb ein bisschen auf die Sprünge helfen, dachte sich deshalb GAL-Stadtrat Wolfgang Budde und stellte einen Antrag: Bamberg sollte sich am 5. Wettbewerb der Speyerer Hochschule für Verwaltungswissenschaften mit dem Titel „Stadt 2030“ beteiligen. Dabei messen sich regelmäßig deutsche Städte in Sachen Verwaltungsreform aneinander und kommen durch Erfahrungsaustausch und Konkurrenz zu neuen Anregungen. Auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Stadtverwaltungen profitieren davon, wenn ihr Engagement im Wettbewerb benötigt und auch gewürdigt wird. Aber das Bamberger Rathaus hat's nicht so mit dem Vorantreiben von Reformprozessen.

„Die Stadtverwaltung nimmt für sich nicht in Anspruch zu den Protagonisten der Verwaltungsreform in Deutschland zu gehören“, so quittierte Personal- und Finanzreferent Heinz Faust den Vorschlag der GAL. Beim Speyer-Wettbewerb könne Bamberg nicht mithalten, denn aufgerufen seien nur solche Städte, „die der Meinung sind, dass sie zukunftsgerichtet, serviceorientiert, effizient und effektiv, erfolgreich und leistungsstark arbeiten und sich zutrauen, Vorbild für andere zu werden.“

Aha! Bamberg ist das also nicht – und scheint es nach dem Willen der Rathaus-Oberen auch in Zukunft nicht werden zu wollen. Schade, dass es in Speyer nicht auch einen Preis für Reformbremser gibt – unser Rathaus wäre bestimmt ein höchst aussichtsreicher Anwärter.

Bei Engagement Gewinnbeteiligung

Spuren von Verwaltungsreform gibt es schon auch im Bamberger Rathaus. Beispiel: Vergütungswesen für Vollstreckungsbedienstete. Drei Leute gibt es derzeit am Maxplatz, die für je einen Vollstreckungsbezirk im Stadtge-

biet Bamberg zuständig sind und bei säumigen Schuldnern das Geld eintreiben. An einer effektiven Arbeit dieser Bediensteten ist das Kämmereiamt verständlicherweise interessiert, denn sie zahlt sich in barer Münze aus. Deshalb praktiziert man hier auch ein wesentliches Reformelement: Mitarbeitermotivation durch Prämien – in diesem Fall durch eine Art Gewinnbeteiligung. Die Bediensteten erhalten nämlich für jeden erledigten Vollstreckungsauftrag 1 DM und sind an den beigebachten Vollstreckungsbeträgen mit 3% beteiligt. Nach der in der Bundesrepublik gültigen Vollstreckungsvergütungsverordnung gibt es für diese Zahlungen Höchstbeträge. Nicht so in Bamberg! Hier sind seit 1997 dem Engagement der Geldeintreiber keine Grenzen mehr gesetzt.

Und das rechnet sich. Laut einem Bericht aus dem Kämmereiamt vom Mai 2000 erhöhten sich seit 1997 die „Jahreslieferungen pro Vollstreckungsbediensteten von durchschnittlich 130.000,- DM auf 180.000,- DM pro Kalenderjahr“, mit dem Effekt, dass dies „zwischenzeitlich zur Einsparung einer Planstelle führte“.

Despot im Ruhestand

20 Jahre lang war er ein treuer Kontrahent und schlagfertiger Gegner der GAL – nun ist der Abschied gekommen: Im September wurde Wirtschafts- und Rechtsreferent Robert Gegenfurtner in den Ruhestand versetzt.

Und ebenso wie er machtbewusst und despotenhaft im Rathaus residierte, fiel auch seine offizielle Verabschiedung aus. Ganz entgegen der Erwartung unserer Stadträtin Ursula Sowa, die als GAL-Votreterin gekommen und auf eine kurze Feier mit einigen Abschiedsreden gefasst war. Ein Festakt im frisch sanierten, barocken Refektorium im Bürgerspital fand statt, mit 5-Gänge-Menü und über 100 Gästen. Selbstverständlich auf Kosten der Stadt – von der prekären Haushaltslage und Sparzwängen war an diesem Tag nicht die Rede.

Die lokale High Society war anwesend und feierte kritiklos den verdienten, vor allem aber gut verdienenden städtischen Ex-Referenten. Die Fahrzeuge der High Society parkten unterdessen sorglos im Hof vor der Michelsberger Kirche, wo ein ehe-

maliger Untergebener des besagten Referenten dienstbeflissen seiner Aufgabe nachging und Strafzettel verteilte. Aber keine Frage, kurz darauf wurden die Knöllchen anstandslos zurückgezogen. So etwas erledigt Robert Gegenfurtner aus dem Stand, notfalls auch aus dem Ruhestand?!

Spruch ausm Stadtrat:

GAL-Stadtrat

Gerhard C. Krischker:

„Bei der Sandkerwa steht schon lange nicht mehr die Regnitz im Mittelpunkt, sondern der Reibach, und es geht nicht um Sand, sondern um Kies.“

OB Herbert Lauer zu der Frage, ob Bamberg Sitz des Hauptzollamts bleibt:

„Das ist keine sachliche, sondern eine politische Entscheidung.“

OB Herbert Lauers Einschätzung der Frage, wie wahrscheinlich es ist, dass das Postgebäude in der Ludwigstraße zu einem Einkaufszentrum umgebaut wird:

„Ich glaube keinem Menschen mehr was. Die lügen alle wie gedruckt.“

Argumentationshilfen für den Stammtisch

Die Kampagnen der Opposition gegen die Ökosteuer sind scheinheilig, verlogen und leicht zu zerpfücken

Behauptung: Die Ökosteuer treibe die Preise in die Höhe...

Seit Anfang 1999 haben sich die Erdölpreise mehr als verdreifacht. Die Ökosteuer macht aber nur einen geringen Teil dieses Anstiegs aus. Schuld an der Preistreiber sind vielmehr die Erdöl fördernden OPEC-Staaten und die Mineralölkonzerne. Auf ihr Konto gehen 36 Pfennig Preissteigerung pro Liter Benzin. Die Ökosteuer beträgt lediglich 14 Pfennig. Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung beim Heizöl. Bei einem aktuellen Preis von über 1 Mark pro Liter macht die Ökosteuer ganze 4 Pfennig aus.

Behauptung: In Frankreich und Großbritannien seien die Regierungen schon „einsichtig“ ...

Frankreich hat zunächst als Reaktion auf die militanten Proteste eine Rückerstattung an den Güterverkehr in Höhe von insgesamt 60 Centimes (ca. 18 Pfennig) verkündet, verteilt auf 2000 und 2001. Dann hat Finanzminister Fabius eine „konjunkturelle Senkung“ der Mineralölsteuer um 20 Centimes (6 Pfennig) angekündigt. Eine Bevorzugung nur des Güterverkehrs müsste aber von der EU-Kommission genehmigt werden, was keinesfalls sicher ist, da derartige Ausnahmen eigentlich nicht genehmigungsfähig sind. Die generelle Absenkung kann dagegen von der EU nicht verhindert werden, stößt aber auf einhellige Ablehnung aller anderen EU-Staaten. Unabhängig davon bleiben die französischen Spritpreise über den deutschen – von einer Besserstellung kann also keinesfalls die Rede sein. Ähnlich sieht es in anderen Nachbarländern aus. In Großbritannien hat der seit 1993 geltende „road fuel tax escalator“ zu den EU-weit höchsten Spritpreisen geführt. Dieser wird nun vorübergehend ausgesetzt, seine Wiedereinsetzung ist aber keinesfalls ausgeschlossen.

Durch die Erhöhung der Energiepreise soll der Energieverbrauch gesenkt werden, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Verkehr. Es geht aber auch um die Verlagerung des Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel. Deshalb zahlt die Bahn nur den halben Satz der Stromsteuer und der ÖPNV nur die halben Ökosteuererätze bei der Kraftstoffbesteuerung. In der Relation werden Bahn und ÖPNV durch die Ökosteuerreform also gestärkt.

1983 – 1998 amtierende CDU/CSU/FDP-Koalition hat die Mineralölsteuer um 47 Pfl erhöht. In der Regierungszeit Kohls floss zudem kein einziger Pfennig aus der Mineralölsteuer zurück an die Bürger, im Gegenteil: Die Sozialabgaben explodierten gleichzeitig um 10 Prozentpunkte.

1999 die ersten 3-Liter-Autos serienmäßig – und wirbt bereits damit, dass das ihre Antwort auf die Ökosteuer ist.

Behauptung: Sogar regenerative Energieträger würden mit der Stromsteuer bestraft...

Auf regenerative Energien wird tatsächlich – abgesehen von der Eigenerzeugung bis 2 MW – auch Stromsteuer erhoben. Dies liegt zur Zeit noch an EU-rechtlichen und erhebungstechnischen Problemen. Unser Ziel ist eine Steuerbefreiung ab 2001. Dazu muss ein rechtsfestes Zertifikatsmodell entwickelt werden, mit dem dann auch importierter „Grüner Strom“ geprüft werden kann. Daran wird derzeit gearbeitet.

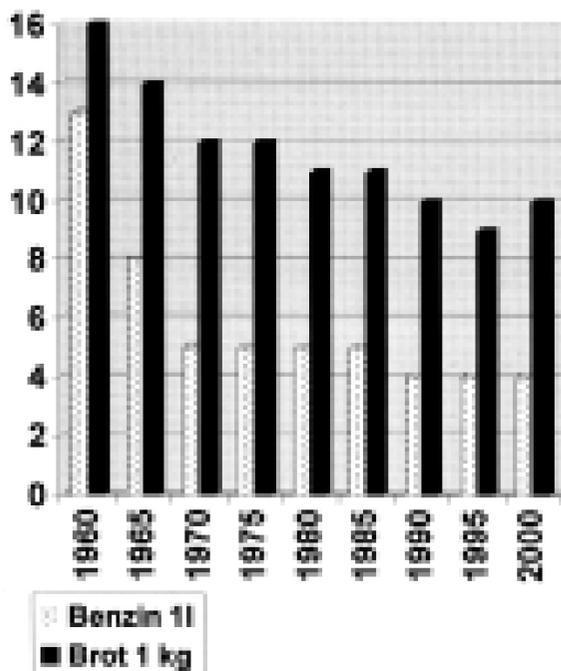
Behauptung: Die Ökosteuerreform habe keine ökologischen Auswirkungen...

Daimler Chrysler, BMW und VW verzeichnen bereits eine steigende Nachfrage nach verbrauchsarmen Fahrzeugen, die Anstrengungen zur weiteren Optimierung des Verbrauchs werden forciert. Der Innovationswettbewerb hat bereits begonnen. Die Autoindustrie produziert seit

Behauptung: Der Staatsanteil am Benzinpreis liege bei 70 %...

Richtig, verschwiegen wird aber, dass gegen Ende der Kohlregierung der Staatsanteil sogar bei 80 % lag. Allein die von

Behauptung: Der Öffentliche Nah- und Fernverkehr leide unter der Ökosteuerreform...



Benzin wird immer billiger – zumindest relativ gesehen. Ein Arbeiter muss heute für 1 kg Brot sehr viel länger arbeiten als für einen Liter Benzin. Gemessen an der allgemeinen Preissteigerungsrate liegt der Benzinpreis heute ungefähr auf dem Niveau von 1950.

>>>> DURCHBLICK NACH BERLIN >>>>

Populismus pur

Eigentlich ist alles ganz einfach: Die Öko-Steuer ist notwendig, weil sie Klima- und Umweltschutz fördert und gleichzeitig die Lohnnebenkosten senkt und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Das war noch vor wenigen Jahren parteiübergreifender Konsens. Auch in anderen europäischen Ländern ist die Ökosteuer seit Jahren eingeführt, bewährt und letztlich unumstritten.

Die von den Unionsparteien vor dem Hintergrund der Ölpreissteigerungen entfachte Kampagne gegen die Öko-Steuer muss deshalb als empirischer Feldversuch zur Klärung der

Fragen „Für wie dumm kann ich ungefragt die Bevölkerung verkaufen?“ und „Kann ich mit offensichtlichen Lügen Wahlen gewinnen?“ gewertet werden. Die dreisten Benzin-Populisten versuchen, von der eigenen Konzeptlosigkeit in Sachen Klimaschutz abzulenken und sich aus dem politischen Tief des eigenen Spendensumpfs herauszuziehen.

Dass auch der Bundesoberpopulist und Kanzler aller deutschen Autos seine „Volksnähe“ beweisen würde, ist nicht weiter verwunderlich. Die von ihm ins Gespräch gebrachte Erhöhung der Kilometerpauschale

um 20 Pfennig konnten die Grünen verhindern. Ihnen gelang es sogar, die verkehrspolitisch sinnvolle Entfernungs-pauschale für alle Verkehrsmittel durchzusetzen – ein echter Erfolg. Aber es muss selbstkritisch angemerkt werden, dass man trotzdem noch ein ganzes Stück weit von grünen Zielen entfernt ist. Denn durch die Erhöhung auf 80 Pfennig wird nicht nur umweltfreundliches Verhalten belohnt, sondern auch Vielfahrerei und meilenweites Pendeln mit dem Auto gesponsert. Die ökologische Lenkungswirkung der Ökosteuer wird damit gefährdet.

Der Heizkostenzuschuss für

Familien mit geringem Einkommen ist sicher sozial korrekt. Statt Energieverbrauch zu subventionieren, wäre es aber noch besser gewesen, Energieeinsparung zu fördern. Das Geld, das jetzt für den Heizkostenzuschuss ausgegeben wird, wäre im Sinne einer – finanziell und umweltpolitisch – nachhaltigen Politik besser angelegt, wenn es zur Aufstockung der geplanten Zuschussprogramme für Altbauanierung und Heizungsmodernisierung ausgegeben würde. Für eine solche zukunftsorientierte und langfristig angelegte Politik müssen Mehrheiten aber erst noch geschaffen werden.

Gardinen
Müllsäcke
Eigene Polsterwerkstatt
Sonnenschutz
Tischdecken
Handwerksteppiche
Fachkundige Beratung

Rainer Schmitt
- 1941 1941 1941 1941 -
Herbertstraße 10, 10245 Berlin

Meister
Reinhard

96129 Strullendorf
ePost @ Meister-Reinhard.de

0-0800 36 34 78 37

bio-Elektrik
Elektromotoren
Gerader Licht
Moderner Wohnen

Öko-logisch
gut
sortiert

colibri

SCHRÄGBLICK



Foto: Erich Weiß

Zwangsarbeit in Bamberg

„Zweckentsprechende, mit Stacheldraht versehene Umzäunung“

Auch wenn es bisher kaum öffentlich thematisiert wurde: Es gab in Bamberg Hunderte von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen. Wie anderswo waren viele davon in primitiven Lager-Baracken untergebracht, bekamen geringen Lohn, unterlagen einer Ausgangssperre, waren polizeilicher Willkür unterworfen, litten an Hunger, Krankheiten und starben jung. Sie mussten für Bamberger Betriebe arbeiten, aber auch für Teile der Stadtverwaltung wie das Garten- und Friedhofsamt, die Gaswerke oder im Krankenhaus. Die GAL-Fraktion hat deshalb im Stadtrat beantragt, dass sich die Stadt Bamberg zumindest mit einem symbolischen Beitrag am Entschädigungsfond des Bundes und der deutschen Wirtschaft beteiligt.

Im August 1944 waren 7.615.970 ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen im großdeutschen Reich gemeldet. Das machte ein Viertel der gesamten Arbeitskräfte aus. Circa 5,7 Mio dieser Menschen waren sogenannte zivile „Fremdarbeiter“, zumeist aus Polen (1,7 Mio) und der Sowjetunion (2,8 Mio), die mit mehr oder weniger Zwang nach Deutschland gekommen waren. Ihre Zwangslage lässt sich beschreiben durch Arbeitslosigkeit, schlechte Ernährungs- und Wohnsituation in der von der Wehrmacht besetzten Heimat, was viele in der Hoffnung auf ein besseres Leben „freiwillig“ ins Siegerland trieb. Mit „Freiwilligkeit“ nichts mehr zu tun hatten hingegen die brutalen Menschenjagd-Kommandos der SS, die aus Schulen und Gaststätten, von Äckern und Arbeitsstellen weg, massenweise die Leute aus den unterworfenen osteuropäischen Ländern in die Ar-

beitslager im Reich verschleppten. Viele davon waren nicht älter als 20 Jahre.

Zivilarbeiter und Kriegsgefangene

Mit der akribischen Genauigkeit der NS-Bürokratie registrierte das Einwohnermeldeamt im November 1941, dass 30 Polen und 36 Polinnen als „Zivilarbeiter/innen“ in Bamberger Landwirtschafts- bzw. Industriebetrieben beschäftigt waren, außerdem 13 Ukrainer und 7 Ukrainerinnen. Dazu kamen noch mehr als 30 (vermutlich) Kriegsgefangene aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Eigentlich waren die Ausländerpolizeibehörden der Städte laut Anweisung aus Berlin verpflichtet, sogenannte „Ausländerkarten“ anzulegen, auch bekam jeder Fremdarbeiter eine „Arbeitskarte“ mit Lichtbild und Fingerabdruck ausgestellt, die er ständig bei sich tragen musste.

Im Bamberger Stadtarchiv ist diese Kartei allerdings nicht überliefert, und auch sonst ist die Aktenlage nicht gerade üppig.

Für die Unterbringung der Zwangsarbeiter hatten deren Arbeitgeber zu sorgen. Die Ostarbeiter waren „in geschlossenen Lagern (Baracken) mit einer zweckentsprechenden, möglichst mit Stacheldraht versehenen Umzäunung unterzubringen.“ Das Lager durften sie nur zum Arbeitseinsatz verlassen, die gesamte Freizeit musste im Lager verbracht werden, wo es sowohl eine Krankenstube als auch eine Haftzelle gab.

Arbeitslager gab es auch in Bamberg, wie aus einer 1945 erstellten Liste hervorgeht. Dort sind die in Bamberg verstorbenen AusländerInnen mit Beruf und Wohnort verzeichnet. Bei den Menschen, die unter die Rubrik „Ostarbeiterinnen“ oder „Osthilfsarbeiter“ fallen, tauchen als Unterkunftsbezeichnung un-

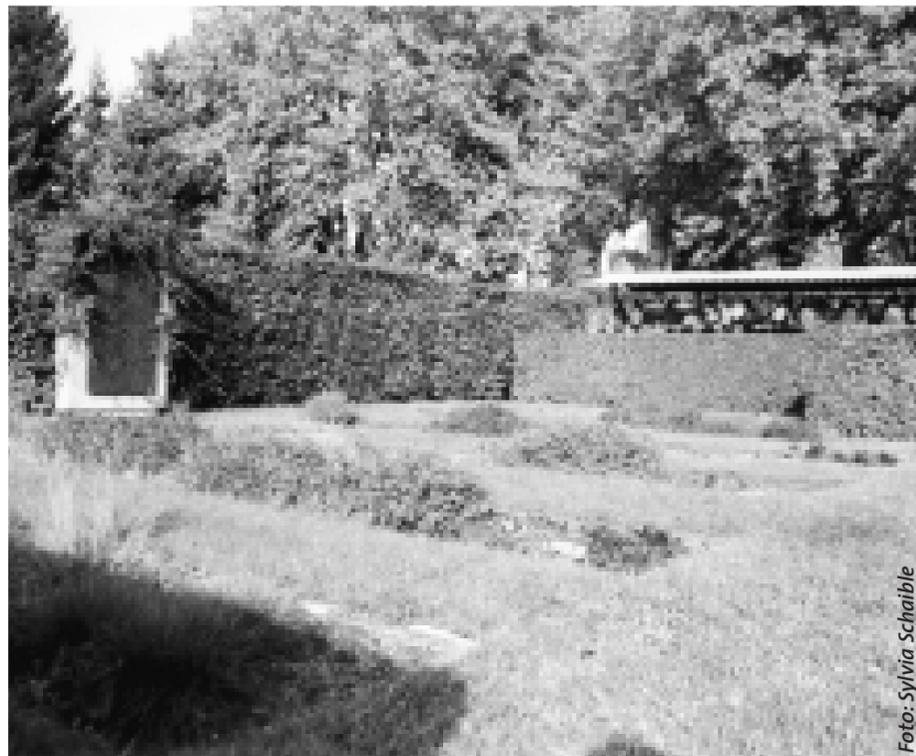


Foto: Sylvia Schauble

Grab für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Bamberger Friedhof

ter anderem das Muna-Lager auf, außerdem Lager in der Annastraße, in der Hallstadter Straße 39, an der Weide 22 und 28 oder in der Gaustadter Spinnerei (ERBA). Auch Neugeborene und kleine Babys sind in dieser Todesliste zu finden: Mehrmals ist in der Spalte für die Berufsangabe nur „Mutter: Ostarbeiterin“ vermerkt, als Todesursache wird „Lebensschwäche“ angegeben, diese kleinen Kinder wurden gerade mal ein paar Wochen oder Monate alt.

1944 gab es ein Arbeitslager des Bahnbetriebswerks in der Schildstraße, das zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr tragbar war, wie ein Brief der Reichsbahndirektion Nürnberg belegt: „Das Lager an der Schildstraße ist sehr beschränkt. Die Baracken sind zu eng beieinander. Die Abort- und Waschraumbaracken stehen zu nahe an den Wohnbaracken. Diese sind überbelegt. Die Trennung der im Schichtendienst eingesetzten Leute ist nicht möglich. Splitter- und Schutzgräben können nicht angelegt werden.“ Der Bamberger Oberbürgermeister möge die Beschlagnehmung eines Ausweichgrundstückes unterstützen.

„Interessengemeinschaft Bamberger Arbeitslager“

Nicht wenige Bamberger Unternehmen müssen ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben. Diese Vermutung legt zumindest der Umstand nahe, dass die Arbeitgeber eigens eine „Interessengemeinschaft Bamberger Arbeitslager“, kurz IBA, gründeten. Im Dezember 1942 wandte sich ein Betriebsführer der Firma Wieland als Mitglied der IBA an den OB mit dem Anliegen, ein Lager für circa 200 Ostarbeiter an der Memmelsdorfer Straße einrichten zu dürfen. Er klagte,

dass 158 von Wieland beschäftigte Ostarbeiter derzeit in Bischberg untergebracht seien. Dadurch müsse er hohe Kosten für ihre tägliche Anfahrt in die Brennerstraße aufbringen, und auch das Mittagessen müsse eigens aus dem Lager in den Betrieb geschafft werden, all das bei der sich verschärfenden Treibstoffsituation.

Ein Jahr später bat die IBA Oberbürgermeister Zahn um die Beschlagnehmung eines Grundstücks an der Zollnerstraße, nachdem direkte Verhandlungen mit dem Besitzer gescheitert waren. Die Baracken für das Lager, so der IBA-Vertreter in dem Schreiben, seien bereits in Berlin bestellt und würden demnächst geliefert. Zwei Wochen darauf sprach der OB die Beschlagnehmung aus.

Im November 1943 bean-

tragte das „Sozial-Gewerk Bamberger Handwerker“ in Bayreuth die Zuweisung von Baracken für 100 Fremdarbeiter und bat das NS-Stadtoberhaupt um Unterstützung. Tatsächlich bestätigte Zahn die „Dringlichkeit“ eines solchen Lagers.

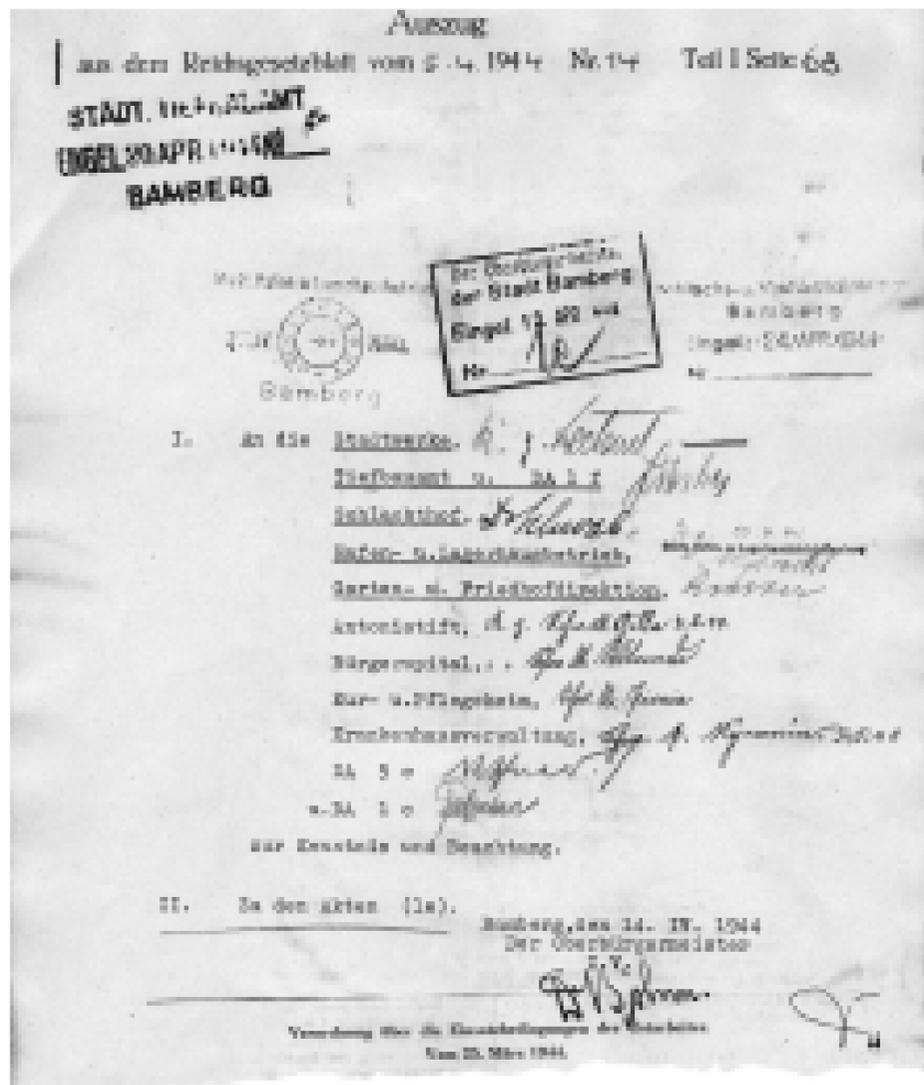
Für die „Lebensführung“ der ausländischen Arbeitskräfte legte das NS-Regime akribisch genaue Maßregelungen fest. Dabei hatten die Menschen aus Polen die schlechteste Behandlung und die meisten Diskriminierungen zu ertragen. Sie durften öffentliche Verkehrsmittel, Fahrräder und Telefone nicht benutzen, durften kirchliche, kulturelle und sportliche Einrichtungen nicht besuchen, „näherer Umgang“ mit Deutschen war ihnen verboten, auf sexuelle Beziehungen

Fortsetzung nächste Seite

OB behindert Recherchen

Das Thema „Zwangsarbeit in Bamberg“ soll nach dem Willen von Oberbürgermeister Herbert Lauer offenbar nicht in die öffentliche Diskussion kommen. Warum sonst hätte er einen Antrag der GAL auf Einsichtnahme in Akten des Stadtarchivs ablehnen sollen? Der Antrag war deshalb nötig geworden, weil einige der einschlägigen Akten personenbezogene Daten enthalten, die unter Sperrfristen des Archivschutzgesetzes fallen. Eine Verkürzung dieser Sperrfristen kann genehmigt werden – entscheidungsbefugt ist der OB.

Um dem Archivschutzgesetz zu genügen, sicherte die GAL zu, keine personenbezogenen Daten zu veröffentlichen. Es ginge uns, so begründeten wir unser Anliegen, ganz allgemein um eine Diskussion darüber, ob die Stadt Bamberg, die vom Arbeitseinsatz dieser Menschen profitiert hat, einen symbolischen Beitrag zum Entschädigungsfond leisten soll. Außerdem wollten wir durch einen *gaz*-Artikel das Thema in die Bamberger Öffentlichkeit bringen. Trotzdem verwehrte OB Lauer den Zugang zu den Akten. Sein Standpunkt: Eine Beteiligung von Kommunen an dem Fond sei nicht vorgesehen – also müsse es auch keine Diskussion darüber geben – also müsse auch nicht die GAL das Schicksal von ZwangsarbeiterInnen in Bamberg recherchieren. So einfach kappt man unliebsame Themen und würgt unbequeme Debatten ab – meint der OB. Aber nicht mit der GAL!



Quelle: Stadtarchiv Bamberg

Dieser Auszug aus dem Reichsgesetzblatt über die „Einsatzbedingungen der Ostarbeiter“ ging an die aufgelisteten städtischen Einrichtungen, die den Erhalt gegenzeichneten.

g9Zeuse

was Sie im FT nicht lesen können

Bei „Windhunden“ ist Stadtverwaltung großzügig

Jeder Bürger und jede Bürgerin, die in Bamberg ein Haus bauen wollen oder eine Garage oder einen Wintergarten oder ähnliches, müssen dafür eine Baugenehmigung beantragen. Das kostet eine Genehmigungsgebühr, die sich nach dem Ausmaß des Bauvorhabens richtet. Über solche städtischen Gebührenrechnungen mag sich mancher Häuslabauer ärgern, entkommen wird er ihnen nicht.

Aber das muss offenbar nicht immer so sein. Wer sich ausreichend große (oder überzogene?) Pläne vornimmt, z.B. ein Multiplex-Kino, kann sich durchaus berechnete Hoffnungen machen, dass seine Gebühren von der Stadtverwaltung in kulanter

Weise und großzügig ermäßigt werden. In diesen Genuss kam jedenfalls ein Bamberger Unternehmen, das sich am sogenannten „Windhundrennen“ um das erste Multiplex-Kino in Bamberg beteiligte, einen Bauantrag einreichte, einen positiven Baubescheid erhielt, dann aber doch kalte Füße bekam und das Vorhaben abblies.

Gebühren für die Genehmigung und für Befreiungen vom Bebauungsplan in Höhe von rund 194.000 DM wären fällig gewesen. Das war besagtem Unternehmer allerdings zu viel. Er legte Widerspruch ein – und fand Verständnis in der Stadtverwaltung. Bereits im Februar 2000 wurde ein Teil der

Gebühren um 25% gesenkt. Doch der verhinderte Multiplex-Held war noch nicht zufrieden, so dass – nach persönlichen Verhandlungen mit dem OB – die Stadt nun auf weitere 75% Zahlungen verzichtete. Mit Zustimmung der Stadtratsmehrheit (ohne GAL-Stimmen) muss der ausgebremste „Windhund“ jetzt nur noch 91.000 DM statt 193.000 DM zahlen.

Da kann der einfache Häuslabauer nur verdattert und neidvoll mit dem Kopf schütteln. Und angesichts der miserablen finanziellen Lage der Stadt staunt man über solche Großzügigkeit.

Geklügel in der Chefetage

Jahrelang zieht sich nun die Suche nach einem Investor und Betreiber für das geplante Hotel an der Konzerthalle schon hin. Auch nachdem OB Lauer das ganze zur „Chefsache“ erklärte, ging nichts voran. Vor kurzem zeigte sich ein Hoffnungsschimmer am Horizont, als sich die renommierte Steigenberger Gruppe als Hotelbetreiberin für das Projekt interessierte. Aber die Stadt Bamberg selbst vermasset das vielversprechende Vorhaben durch unprofessionelle Abmachungen und Verhandlungen.

Die Steigenberger Hotelmanager nämlich hatten nicht nur Interesse am Hotelbetrieb, sondern auch an der Gastronomie

des noch zu sanierenden Ziegelbaus. Nicht unverständlich, denn es ist branchenbekannt, dass Tagungshotels 40% bis 50% ihrer Umsätze dadurch erzielen, dass sie auch die Tagungsräume bewirtschaften. In Bamberg aber ist der Zuschlag für die künftige Ziegelbau-Gastronomie schon so gut wie vergeben. Die Firma Warmuth, die bereits die Konzert- und Kongresshalle bewirtschaftet, bekam schon vor einiger Zeit von der zuständigen Stadthalten GmbH eine entsprechende Option zugesichert. Eine öffentliche Ausschreibung, bei der sich auch andere Unternehmen hätten bewerben können, hat es nie gegeben. Dafür sind

die „guten Kontakte“ zwischen Warmuth und dem ehemaligen Wirtschaftsreferenten ein offenes Geheimnis.

Der Aufsichtsrat der Stadthalten GmbH (besetzt mit dem Oberbürgermeister, drei CSU-StadträtInnen sowie einem SPD- und einem ÜBG-Stadtrat) bedauerte es dann aber doch, die Hotel-Interessenten so hart verprellt zu haben, weshalb OB Lauer beauftragt wurde, nachzuverhandeln. Aber die Steigenberger Gruppe ist nun dem Vernehmen nach derart verärgert über das unprofessionelle Vorgehen des Aufsichtsrats, dass sie grundsätzlich kein Interesse mehr hat.

Anzeige

Im Jahr 1128 besuchte Bischof Otto von Bamberg die Ostsee-Insel Usedom. Und seit 1996 „regiert“ ein Unterfranke den größten Ort der Insel, der zugleich der sonnenreichste ganz Deutschlands ist.

Das Ostseebad Zinnowitz heißt alle Franken herzlich willkommen. Anruf genügt!
038377/73200 (Tel.), 038377/73220 (Fax), Ostseebad.Zinnowitz@t-online.de

„GAL-Bausteine – kleine digitale programmierbare Helfer und preiswerte Universalgenies“ *

*Diesen Kurs für angewandte Mikroelektronik bietet die VHS Bamberg an.

Na klar! GAL steht auch in der Politik für innovativ, nachhaltig und einfallreich. Wenn Sie mehr Informationen bekommen wollen, schicken/faxen Sie uns diesen Abschnitt oder rufen Sie an.

Ich interessiere mich für die GAL:

Name

Adresse

Bitte an GAL-Fraktionsbüro, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg; Fax 23777.

Fortsetzung von Seite 7: Zwangsarbeit in Bamberg

zu deutschen Frauen stand sogar die Todesstrafe.

Auf eine deutliche Distanz zwischen Deutschen und „Fremdvölkischen“ legten die NS-Ideologen besonderen Wert, so in einem Rundschreiben des Reichsführers SS vom Februar 1942: „Es ist daher erforderlich, den deutschen Arbeiter in seiner Stellung so hervorzuheben, daß er trotz seiner Mitarbeit als Vorgesetzter und Aufsichtsperson in Erscheinung tritt und bei ihm ein Solidaritätsgefühl mit diesen Arbeitskräften möglichst nicht entstehen kann.“

Abgrenzung sollte auch durch Stigmatisierung geschaffen werden: FremdarbeiterInnen aus Polen mussten bereits seit 1940 ein großes „P“ als Abzeichen an jedem Kleidungsstück tragen. So bestellte die städtische Ausländerpolizei am 14. Mai 1940 250 Abzeichen für „polnische Zivilgefangene“. Ab 1942 wurden dann die „Ost“-Kennzeichen eingeführt. Sie waren bei einer Berliner Fahnenfabrik zu beziehen und sollten gegen eine Gebühr von 10 RM à 5 Stück an die ArbeiterInnen weitergegeben werden.

Anweisungen zum „Ostarbeiterereinsatz“

In den Jahren 1941 bis 1943 gab es eine Fülle von Erlassen, Rundschreiben und Bestimmungen zum „Ostarbeiterereinsatz“, die von der Berliner SS-Führung und Gestapo-Zentrale bei den lokalen Verwaltungen eingingen. Hier wurden sie dann zum einen über die Ausländerpolizei an die betreffenden Betriebe, zum anderen aber auch direkt an diejenigen städtischen Einrichtungen weitergeleitet, die damals ZwangsarbeiterInnen beschäftigten. In Bamberg gingen Ostarbeiter-Anweisungen in der Regel an die Krankenhausverwaltung, die Stadtwerke, die Garten- und Friedhofsverwaltung, das Tiefbauamt, die Kraftfahrzeugverwaltung, die Schlacht- und Viehhof-Direktion, den Hafen- und Lagerhausbetrieb. Es ist deshalb anzunehmen, dass in all diesen städtischen Einrichtungen zumindest zeitweise ZwangsarbeiterInnen eingesetzt waren.

Für die Berechnung der Löhne gab es exakte Tabellen aus

Berlin. Ein Lohnbeispiel aus der Stadthauptkasse berechnete im Vergleich zu einem deutschen Arbeiter, der 28,80 RM in einer 48-Stunden-Woche verdiente, einen Lohn von 17,85 RM für einen Ostarbeiter; für Verpflegung und Unterkunft wurden diesem noch 10,50 RM abgezogen, auch Sachleistungen wie Arbeitskleidung und -schuhe bekam er nur gegen Entgelt gestellt.

Ostarbeiterinnen in St. Getreu

Für die „wirtschaftlichen Hilfskräfte“ in der Nervenklinik St. Getreu – es waren junge Frauen – gab es einen deutlich geringeren Wochenlohn, wie eine Notiz des Oberbürgermeisters vom August 1942 festhält: Ostarbeiterinnen über 18 Jahre erhielten als Wochenlohn 2,80 bis 4,90 RM, junge Mädchen zwischen 16 und 18 bekamen 2,45 bis 4,55 RM und jüngere als 16 Jahren nur 1,40 bis 3,30 RM. Die „Ostarbeiterabgabe“, die in der Regel vom Arbeitgeber an den Staat abzuführen war, betrug in diesen Fällen zwischen 1,05 und 0,70 RM.

Es gab aber auch Prämien für Ostarbeiter, die längere Zeit zu-

friedienstehend in einem Betrieb beschäftigt waren. So beantragten im September 1942 die Gaswerke bei der städtischen Lohnstelle die „Beförderung“ eines Ostarbeiters von Lohnklasse C nach Lohnklasse B, weil dieser nun als „Zweiter am Ofen“ arbeite.

Aus der wenn auch spärlich erhaltenen Korrespondenz der Gaswerke mit der Stadtkasse lässt sich entnehmen, dass beispielsweise im Juni 1942 zwölf Ukrainer eingestellt wurden. Davon waren sechs unter zwanzig Jahre alt. Alle, so geht aus den Akten hervor, wurden „im Werk untergebracht“.

Aber nicht nur ausländische „Fremdarbeiter“ kamen in städtischen Betrieben zum Arbeitsinsatz, seit 1940 verpflichtete man auch jüdische ortsansässige Bamberger zum Dienst. Das städtische Tiefbauamt meldete beispielsweise im Mai 1940 die Beschäftigung von „26 Juden“.

Sylvia Schaible

Alle Zitate aus Akten des Stadtarchivs Bamberg.

Dank ans Stadtarchiv für die Unterstützung bei den Recherchen.



Ab 1942 gab es für OstarbeiterInnen ein besonderes Kennzeichen: „Das Kennzeichen besteht aus einem hochstehenden Rechteck von 70 mm x 77 mm und zeigt bei 10 mm breiter blau-weißer Umrandung auf blauem Grunde in weißer Schrift das Kennwort „Ost“.“

impresum

Die g9Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet: Wolfgang Budde, Petra Friedrich, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

Photos: Sylvia Schaible, Erich Weiß

Karikatur: Christiane Pfohlmann

Gestaltung: Bernhard Kümmelmann

Satz: Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 12.000
Nr. 55 / Dezember 2000

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMACK
DER KÜNSTLICHHERSTELLTEN
mit 17 Jahren
alt, gold & mehr...
Austraße 21 • 96047 Bamberg
Tel. 0391/72 88 07

NATURBAUSTOFFE
DINO BAUBIOLOGIE
Kampelma. Sind jeder Menge Mann.
Sandgasse 18 • 96130 Bergschicht
Tel.: 039481 82181 Fax: 039481 82182
www.DINO-BauBiologie.de
Bürozeiten: Mo. bis Fr. 10.00 - 18.00 Uhr
schon nach Vereinbarung

KOPIER-DRUCK
LADEN
(als COPY SHOP) Pilschke 8
DEBET Bamberg Tel. 0391 / 785210
BUS-TAGSoffend

NEU!
4-farbiger Digital-Plot
in jeder Größe
auch auf Stoff, Folie...

NEU!
A0 Scan-Service

NEU!
Digitalkopierer s/w
Druck Ihrer Textel